

Wie hältst Du's mit der Demokratie?

Von

Paulina Fröhlich, Juliane Baruck,
Carl Schüppel

Impuls

zur Innocracy25, 26. Juni 2025

DAS

PROGRESSIVE

ZENTRUM

Die Politisierung der Demokratie

Demokratie wird politisiert – als Konzept, als Wert, als Wort an sich. Sie wird zunehmend zum Gegenstand politischer Auseinandersetzung und Zuschreibung. Nicht im Sinne eines Ideenfeuerwerks demokratischer Zukünfte, sondern weil sie angegriffen wird. Sie steht auf Wahlplakaten von mitte-links bis rechtsextrem und verliert allein dadurch an Kontur und Aussagekraft. Zwar bleiben die beeindruckenden Proteste zum Jahresbeginn 2024 für Demokratie und gegen Extremismus als selbstvergewissernder Moment der Zivilgesellschaft in Erinnerung. Doch hat sich weder daraus noch aus dem Lager moderat-demokratischer Parteien eine vorwärtsweisende, mehrdimensionale Kraft für eine zukunftsfähige Demokratie entwickelt. Stattdessen liegt das Momentum der Politisierung der Demokratie aufseiten der Rechtspopulist:innen und Rechtsextremist:innen. Sie mobilisieren zunehmend und fortwährend für ein anderes Demokratieverständnis – oder für etwas *anderes* als Demokratie? Wir plädieren für eine kritische Auseinandersetzung mit Demokratiedeutungen und für eine Politisierung der Demokratie von Seiten der Demokrat:innen. Für eine selbstbewusste Demokratiepoltik.

Wenn alle Demokratie wollen, kann etwas nicht stimmen

„In fact, I am the one saving democracy“¹, sagt der Mann, der die Kontrollfunktion der US-Legislative und Judikative gezielt schwächt, Wahlrechtsregeln zu seinen eigenen Gunsten ändert, Medien zensiert und politische Gegner verfolgt.²

„Demokratie bewahren!“³, fordert auf Wahlplakaten die Partei, die nur zehn Monate später durch das Bundesamt für Verfassungsschutz als gesichert rechtsextremistisch eingestuft wird, weil sie unter anderem ein ethnisch-abstammungsmäßiges Volksverständnis propagiert, das nicht mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung vereinbar ist.⁴

„Protestactie – Verdedig onze democratie“⁵ (Protestaktion – Verteidigen wir unsere Demokratie), ruft die Regionalpartei, die 2024 einen verurteilten Holocaust-Leugner als Kandidaten für die Kommunalwahlen nominiert.

1 [Republikanischen Parteitag im Juli 2024.](#)

2 [Vgl. Project 2025 Tracker.](#)

3 [AfD-Wahlplakat zur Europawahl 2024.](#)

4 [Vgl. Michael Götschenberg & Holger Schmidt \(2025, 02.05.\): AfD „gesichert rechtsextremistisch“. Tagesschau.de; auch das als Ver-](#)
[schluss-sache eingestufte Gutachten.](#)

5 [Vlaams Belang im Oktober 2024.](#)

„**Sauvons la démocratie. Soutenons Marine!**“⁶ (Retten wir die Demokratie. Unterstützen wir Marine!), ist eine der großen Petitionen der Partei überschrieben, die ethno-nationalistische Regeln in ihrem Wahlprogramm bewirbt und anstrebt, dass der bzw. die Präsident:in ohne Zustimmung des Parlaments Verfassungsänderungen per Volksentscheid durchführen kann.

Die vier beispielhaft genannten politischen Kräfte aus Europa und den USA unterscheiden sich zwar unter anderem bezüglich ihrer jeweiligen parteilichen Verfassung und ihrer Agenden zu Staatsreformen und institutionellen Zielrichtungen. Was sie jedoch eint, ist – neben einem ethnischen Nationalismus – **die gezielte Schwächung der liberal-demokratischen Ordnung zugunsten plebiszitärer oder autoritärer Macht.** Wir nennen sie im Folgenden radikale Populist:innen und Rechtsextremist:innen. Dabei werben sie jedoch nicht offen für mehr autoritäre Führung, sondern beanspruchen stattdessen den Leitbegriff *Demokratie* für sich: eine „wahre Demokratie“ in Abgrenzung zu den bestehenden Verhältnissen.⁷

Ist die Behauptung, die Demokratie zu retten, eine plumpe Verhüllungstaktik, ein strategischer Umdeutungsversuch oder ein ernstgemeinter Glaube – ein neues Demokratieverständnis?

Der erste Erklärungsversuch, die plumpe Verhüllung, würde bedeuten: Extremist:innen wissen genau, dass das, was sie vorhaben, nichts mit der liberalen Demokratie am Hut hat. Sie wissen, es geht um faschistoide Vorstellungen, und dass die Vorwürfe aus Politik, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Medien stimmen: Sie sind antidemokratisch. Dennoch behaupten sie das Gegenteil. Aussage gegen Aussage. Weil sie nur zum Schein vorgeben, demokratisch zu sein, handelt es sich in diesem Fall um eine **Scheindeutung** von Demokratie.

Der zweite Erklärungsversuch, die radikal andere Demokratiebehauptung, glaubt den Radikalen erst einmal, was sie sagen: dass sie tatsächlich meinen, sie seien die wahren Demokrat:innen. Sie sind fest davon überzeugt, dass ihre Reformvorschläge und Alternativentwürfe demokratischer sind als das bestehende System. Diese Lesart ließe sich nur durch ein radikal anderes Demokratieverständnis erklären, das womöglich nicht einmal mehr diesen Namen verdient, weil es den Demokratiebegriff bis hin zur Unkenntlichkeit

6 **Rassemblement National 2024.**

7 Diese Taktik ist populistisch, weil sie die Behauptung beinhaltet, alleinige Vertreter „der Wahrheit“ zu sein. Vgl. Marcel Lewandowsky (2024): Was Populisten wollen: Wie sie die Gesellschaft herausfordern – und wie man ihnen begegnen sollte. Köln: Kiepenheuer & Witsch.

verwässert. Eine solche Demokratiedeutung ist nach unserem Verständnis darum nur eine *Demokratiebehauptung*. Ein derartig radikal anderes Konzept tritt derzeit vor allem in zwei wesentlichen Formen in Erscheinung: als autoritäre und als rechtslibertäre Demokratiedeutung (siehe Infokasten S. 4).

Der dritte Erklärungsversuch, das strategisches Umdeutungsmanöver, bietet weniger einen Blick auf das ideologische Selbstverständnis an, als auf das planvolle Vorgehen im Werben für Mehrheiten und kann so mit Erklärung eins oder zwei zusammenwirken. Die Akteure wissen um die Abstraktion demokratischer Begriffe, um die Interpretationsweite politischer Konzepte sowie um den Mangel an gesellschaftlicher Demokratiebildung und -erfahrung. Also nutzen sie diese Vagheit und streben eine Umdeutung von „Demokratie“ an – zum Beispiel zugunsten eines majoritären Politikverständnisses, demzufolge quantitative Wahlergebnisse automatisch zur Koalitionsbildung führen müssten. Für den Ausgang der letzten Bundestagswahl würde das bedeuten, dass Union und AfD zusammen die Regierung hätten bilden müssen. Die Umdeutung sieht ebenfalls vor, den sogenannten Volkswillen in den Mittelpunkt aller politischen Entscheidungen zu stellen, während mit lehrmeisterhaftem Blick erklärt wird: „Demokratie. Das ist immer noch die Herrschaft des Volkes!“⁸

Demokratiedeutungen abseits der liberalen Demokratie

Die autoritäre Demokratiedeutung: Christoph Möllers hat dargelegt, dass autoritäre Politik, die demokratisch zu sein behauptet, wie sie etwa Viktor Orbán in Ungarn oder Recep Tayyip Erdogan in der Türkei praktizieren, durch fünf wesentliche Merkmale gekennzeichnet ist. Erstens die Herrschaft „des Volkes“ mit seinem homogenen Willen: Mit Föderalismus und kommunaler Selbstbestimmung könnten die Vertreter:innen dieses Verständnisses entsprechend wenig anfangen. Zweitens die Verknüpfung von Staatsangehörigkeit und Rechtsfähigkeit, etwa beim Wahlrecht. Drittens die Ablehnung von jeder Form von Repräsentativität: Abgeordnete hätten als „Volksvertreter“ die Aufgabe, „den Volkswillen“ direkt umzusetzen: Alles, was sich in dieses unmittelbare Verhältnis zwischen Volk und Führung dränge, störe nur: Parteien, internationale Abkommen, Minderheitenrechte, Kompromisse usw. Viertens die Materialisierung des Volksbegriffs durch natürliche Eigenschaften wie Ethnie oder Sprache: Auf eine formale Einbürgerung komme es nicht wirklich an. Und fünftens trotzdem ein voluntaristisches Moment:

⁸ Vgl. Volker Weiß (2025): Volkes Wille im gelobten Land. In: Blätter für deutsche und internationale Politik (4/2025).

Menschen seien Teil des Volkes, weil sie freiwillig dazugehörten – und könnten entsprechend auch ausgeschlossen werden.^{9 10}

Die rechtslibertäre Demokratiedeutung: Dieses von Javier Milei in Argentinien oder von Elon Musk und Peter Thiel in den USA aus der intellektuellen Nische in den politischen Mainstream katalysierte Demokratieverständnis zeichnet sich erstens dadurch aus, dass es den Staat auf minimale Kernfunktionen wie die (formale) Gewährleistung von Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit beschränken will. Jede darüber hinausgehende staatliche Einflussnahme, etwa auf die Gestaltung wirtschaftlicher und sozialer Verhältnisse, sei eine unzulässige Einschränkung persönlicher wie unternehmerischer Freiheit. Bestimmend seien die freie Marktwirtschaft, Privateigentum und die Eigenverantwortung des Einzelnen. Aus dieser Anschauung heraus lässt sich erklären, warum Hitler jedem historischen Wissen zum Trotz von Musk und Alice Weidel als „Kommunist“ bezeichnet wird.¹¹ Freiheit wird nach dieser Denkweise vom Gemeinwohl und von demokratischen Aushandlungsprozessen entkoppelt und zum individualistischen, oft narzisstischen Projekt.¹² Und drittens: Wer sich den Rechtslibertären zufolge im sozialdarwinistischen Wettbewerb durchgesetzt habe, verdiene es, auch mehr Einfluss zu haben – spätestens hier liegt das Einfallstor zum Autoritären.¹³

Das Schema der drei Erklärungsversuche greift zwar zu kurz, um die eine zentrale Motivation der verschiedenen radikal populistischen oder extremistischen Akteure zu identifizieren, unter der sie behaupten, die Demokratie zu retten. Dafür sind die Akteure und Kontexte zu heterogen. Auch überschneiden sich die Erklärungsversuche; so kann beispielsweise eine autoritäre Demokratiedeutung ein strategischer Zwischenschritt für die gesellschaftliche Legitimation extremistischer Bestrebungen werden. Dem Auftreten und Vorgehen der AfD in Deutschland scheint dennoch der dritte Erklärungsversuch am nächsten zu kommen.

-
- 9 Das bedeutet nicht, dass ein Regierungssystem oder ein politischer Akteur, sobald einzelne Kriterien erfüllt sind, sogleich als gänzlich autoritär gilt. Frankreich zum Beispiel, hat ein anderes Politiksystem als Deutschland, das auf einer einheitlichen Vorstellung von Volkssouveränität beruht und eine vertikale Gewaltenteilung durch Föderalismus ablehnt. Entscheidend ist daher, mehrere Merkmale in einer Gesamtschau zu betrachten.
- 10 Eine viele dieser Merkmale aufweisende, autoritäre Demokratiedeutung findet sich bereits bei Carl Schmitt (1932): *Der Begriff des Politischen*. Berlin: Duncker & Humblot (Nachdruck 2015).
- 11 Vgl. Carla Reveland & Pascal Siggelkow (2025, 05.02.): Falschaussagen von Migration bis Nationalsozialismus. Tagesschau.de.
- 12 Vgl. Carolin Amlinger & Oliver Nachtwey (2022): *Gekränkte Freiheit: Aspekte des Libertären Autoritarismus*. Berlin: Suhrkamp.
- 13 Vgl. Hans Jörg Hennecke (2025, 30.01.): Mehr Mises, Milei und Musk wagen? Liberales und libertäres Denken und die politische Mitte. Geschichtsbewusst.

Die Umdeutung des Demokratieverständnisses ist aus Perspektive der radikalen Populist:innen hierzulande durch und durch plausibel. Denn das Kernargument für andere politische Akteure, radikale Populist:innen nicht an politischer Macht zu beteiligen (ob durch Ausschussvorsitze oder insbesondere in Koalitionen und damit in Regierungsverantwortung) ist, dass sie demokratiefeindlich sind; dass sie die Werte der liberalen Demokratie und ihre Prozesse, Rechte und Institutionen gezielt angreifen und zu ihren autoritären Gunsten umbauen wollen. In den Worten von Alice Weidel konkretisiert sich diese Intention, wenn sie ankündigt: „Wir werden dem Pfad von Ungarn, unserem großen Vorbild, folgen.“¹⁴

Wenn der Vorwurf, eine politische Kraft sei undemokratisch, die wahre Brandmauer zu politischer Macht begründet, ist rein logisch nachvollziehbar, dass Radikale darauf abzielen, dieses Argument zu schwächen oder den Gegenstand des Vorwurfs gar zu beseitigen. Dies versuchen die entsprechenden Akteure über zwei Wege:

(A) Sie reißen sich rein kommunikativ zusammen, stellen ihre politischen Meinungen und Ziele so harmlos wie möglich dar, streben womöglich vereinzelt Ausschlussverfahren in ihren eigenen Reihen an – Mäßigung als Deckmäntelchen. Alexander Gauland, der ehemalige Vorsitzende der AfD, forderte diese Strategie anlässlich einer zunehmenden Radikalisierung seiner Partei bei dem Kyffhäuser Treffen 2019, indem er sagte: „Um an die Macht zu kommen, kann man sich ruhig einmal auf die Lippe beißen.“¹⁵ Offenkundig hat die Mehrheit seiner Partei diesem Aufruf nicht Folge leisten können oder wollen.¹⁶

(B) Der andere Weg zur Schwächung des Demokratiefeinde-Arguments ist, das eigene Politangebot und -gebahren als „normal“ zu labeln, das eigentlich demokratiefeindliche als legitimes und vor allem attraktives Demokratiekonzept darzustellen. Diesen Weg schlugen die meisten radikalen Populist:innen und Extremist:innen ein.

14 Vgl. Tagesschau (2025, 12.02.): [Weidel lobt Ungarn als großes Vorbild](#). Tagesschau.de.

15 Vgl. Maria Fiedler (2019, 06.07.): [Erkenntnisse für den Verfassungsschutz?: AfD-„Flügel“ ruft seine Anhänger zum „Widerstand“ auf](#). Tagesspiegel.

16 Ein internationales Beispiel ist der ab 2005 unter Jimmie Åkesson beginnende Mäßigungsprozess bei den Schweden Demokraten: Hardliner wurden ausgeschlossen, extremistische Symbole aus dem Programm entfernt, die Sprache fokussiert auf „nationalkonservativ“ und „sozialpatriotisch“ – ohne Festlegung auf Gewalt oder offene Verfassungsfeindlichkeit. Inhaltlich bleiben sie aber weiterhin auf gewohnt radikaler Spur.

Emotionale Mobilisierung realer Sorgen

Wir müssen feststellen: Radikale Populist:innen und Extremist:innen sind überaus erfolgreich. Die Gründe dafür sind vielseitig erforscht. Im Kern lässt sich das Erfolgsrezept als die gezielte **emotionale Mobilisierung realer Sorgen** beschreiben. Politiker:innen etablierter Parteien hingegen nutzen selten Emotionen, um ihre politischen Ziele zu erklären¹⁷ – und wirken dadurch distanziert. Dabei kann Emotionalisierung auch demokratisch sein statt entmenschlichend, antagonisierend und wahrheitsmonopolisierend, wie bei den radikalen Populist:innen.¹⁸ Außerdem schüren sie bei ihren Wähler:innen den Eindruck, die etablierten Parteien könnten oder wollten die realen Sorgenquellen schlicht nicht lösen, weil sie trotz langer Regierungszeit keine spürbaren Erleichterungen erzielen würden. Zudem trifft das von Populist:innen in stark emotionalisierender Weise vorgetragene Versprechen der Disruption des Status quo auf ein wachsendes Gefühl von Unsicherheit in der Bevölkerung und die Sehnsucht nach schneller und deutlicher Veränderung. Durch ständigen maximalen Widerspruch in den Parlamentsdebatten und geschickte Kommunikationskonzepte – auf Social-Media-Plattformen wie in Anzeigenblättern – verschieben sie den öffentlichen Diskurs. Sie nähren das Gefühl der Unsicherheit und die Behauptung der Unfähigkeit der anderen, um als Retter hervorzutreten: Retter der Wirtschaft, Retter der Demokratie, Retter Deutschlands. Die Diskursverschiebung ist in den Augen ihrer Wähler:innen ein Zeichen von Potenz: Im Gegenteil zu den etablierten „Versprechenbrechern“¹⁹ würden sie einlösen, was sie versprechen – AfD wirkt.

Auch deshalb ist das prominente Diagramm aus der Nachwahlbefragung irreführend, das anzeigt, ob AfD-Wähler:innen die Partei „aus Überzeugung“ oder „aus Protest“ gewählt haben. Die Dichotomie reicht nicht aus, um zu erklären, was viele Wähler:innen zu ihrer Entscheidung bewegt. Zwar unterstützen die AfD-Wähler:innen deutlich die restriktive, ressentimentgeladene migrationspolitische Haltung der Partei – bestärkt durch die auch von demokratischer Seite inszenierte Behauptung, Migration sei die Mutter aller Probleme. Doch für einen Großteil ist es eben nicht nur die Überzeugung eines ganzheitlichen zukunftsfähigen Politikangebots, das die Extremist:innen machen, sondern schlichtweg ein „Es reicht!“ gegenüber den anderen Parteien, weil sich zumindest gefühlt zu wenig zum Guten und zu viel zum Schlechten verändert habe. Eindrücklich zeigt beispielsweise unsere Fokusgruppenanalyse „Wer sind die Neuen?“, warum junge Menschen 2025 erstmal die AfD gewählt haben. Die Antwort immer wieder: um „ein Zeichen zu setzen“, als „Protestmove gegenüber Altparteien.“

17 Vgl. Johannes Hillje (2025): Mehr Emotionen wagen. München: Piper.

18 Vgl. ebd.

19 Paulina Fröhlich (2025): Wer sind die Neuen?, S. 5.

Strategievakuum demokratischer Parteien

Auf den zunehmenden Erfolg der radikalen Populist:innen und Rechtsextremist:innen haben Demokrat:innen bisher keine wirkungsvolle Antwort gefunden. Während einige ein Prüfverfahren zum Parteiverbot befürworten, kopieren andere Sprache, Stil und Programmpunkte der Radikalen, in der Hoffnung, dadurch die Wähler:innen zurückzuholen. Auch die strategischen Demokratie-Umdeutungsversuche selbst haben bisher noch keine gezielte Kampfansage erfahren.

⊕ Dass es einer ganzheitlichen Strategie dazu bedarf, bedeutet nicht, dass Demokrat:innen plötzlich inhaltlich an einem Strang ziehen und konfliktfrei die politische Agenda gestalten müssen. Es heißt auch nicht, dass sie bei demokratiepolitischen Maßnahmen einer Meinung sein müssen. Im Gegenteil: Streit, Meinungsvielfalt und Uneinigkeit sind Wesensmerkmale einer lebendigen Demokratie. Damit die liberale Demokratie nicht zu einem Relikt vergangener Tage wird, braucht es die ständige Aushandlung und Selbstvergewisserung bezüglich dessen, was wir unter Demokratie verstehen; ein klares, gemeinsames Bekenntnis zu ihren unverrückbaren Grundwerten – und Räume, in denen dieses Bekenntnis politisch wirksam werden kann. Kurz gesagt: **Es braucht Demokratiepoltik**.²⁰ Notwendig sind institutionalisierte Orte, an denen das Funktionieren, die Wehrhaftigkeit und die Reformbedarfe unserer Demokratie umfassend reflektiert werden können – Orte, an denen Selbstkritik und eine gelebte Fehlerkultur dazu beitragen, das politische System konstruktiv weiterzuentwickeln.

⊕ Demokratiepoltik ist in zweifacher Hinsicht kein Politikfeld wie jedes andere. Zum einen fristet sie im Gegensatz zu Verteidigungs-, Sozial- oder Außenpolitik ein Schattendasein: Sie ist kaum bekannt, es gibt keinen eigenen Ausschuss, kein Ministerium, keine politischen Karrieren, die unmittelbar mit ihr verbunden sind. Zum anderen legt sie – wie der Grundriss eines Hauses – die grundlegenden Regeln und Rahmenbedingungen fest, unter denen alle anderen Politikbereiche agieren: Sie bestimmt, wer Zugang zu politischen Entscheidungsprozessen hat, wie Ergebnisse zustande kommen und wie transparent dieser Prozess ist.

So notwendig Ambivalenz und Meinungsvielfalt in der Demokratie auch sind: Es ist entscheidend, dass Demokrat:innen sich auf gemeinsame rote Linien verständigen. Diese markieren nicht nur die Grenzen des demokratischen Spektrums, sondern ermöglichen auch gegenseitige Unterstützung im gemeinsamen Eintreten

20 Vgl. Finn Heinrich & Leander Berner (2025): [Demokratiepoltik – ein vernachlässigtes Politikfeld](#). Bertelsmann Stiftung.

gegen antidemokratische Kräfte.²¹ Nur wenn die Zugehörigkeit zur Demokratie klar, selbstbewusst und unmissverständlich definiert ist, kann innerhalb dieses Rahmens konstruktiv gestritten werden. Dieser gemeinsame Rahmen sollte sich tendenziell entlang von einigen wenigen, aber dafür klaren Wesensmerkmalen unserer Demokratie orientieren: der Gewaltenteilung, freien, fairen und geheimen Wahlen, den allgemeinen Menschen- und Freiheitsrechten, Rechtsstaatlichkeit und Pluralismus. Ein ethnischer Volksbegriff, der Menschen eine unterschiedliche Wertigkeit qua Abstammung zuspricht, kann unmöglich Bestandteil dessen sein. Eine schwierige Frage, die es politisch und praktisch – und zwar fortwährend – auszuhandeln gilt, ist, in welcher Weise weitere normative, demokratische Perspektiven als Merkmale Bedeutung erlangen können: demokratische Kultur (Toleranz, Kompromissfähigkeit, Anerkennung der Gegnerschaft als legitim) oder auch diskursive Entscheidungsfindung (Offenheit für Argumente, Debatte als legitime Form politischer Auseinandersetzung). Auch wenn viele dieser Merkmale Aushängeschild der liberalen Demokratie sind, bleibt in diesem Zusammenhang zu erörtern, inwiefern die Bezeichnungen „liberal“ und „illiberal“ dienlich sind für die Suche und Abgrenzung einer demokratischen In- und einer antidemokratischen Out-Group.

Selbstkritischer Blick auf Demokratie und Demokrat:innen

Die Verständigung und Vergewisserung von Demokrat:innen über ihren gemeinsamen Rahmen ist eine politische Aufgabe. Gerade auf der Grundlage dieses gemeinsamen Rahmens müssen Demokrat:innen sich auch unbequemen Fragen stellen: Wo genügt unsere Demokratie noch nicht den eigenen Ansprüchen der Gegenwart und Zukunft? Und welchen Anteil haben Demokrat:innen selbst an der aktuellen Krise der Demokratie?

Dabei gilt es, sich beispielsweise folgenden Vorwürfen zu widmen:

- 1. Elitäre Distanz:** Politik und Politiker:innen erscheinen vielen Menschen abgekoppelt von ihren Lebensrealitäten – zu technokratisch, zu selbstbezogen, zu fern. Zudem werden zentrale politische Entscheidungen in nicht-majoritären Institutionen wie z. B. der EU-Kommission getroffen, also solchen, die nicht direkt durch demokratische Mehrheiten kontrolliert werden.
- 2. Übermäßige Verrechtlichung:** Zunehmend werden politische Fragen in juristische Bahnen gelenkt und dem öffentlichen Diskurs entzogen. Was eigentlich politisch verhandelt werden müsste, wird zur Frage des Rechts.

21 Michael Meyer-Resende (2025): Die Grenzen der Demokratie – Was wir verteidigen und was nicht. Mercator Stiftung.

- 3. Mangel an sichtbarem Output:** Trotz stabiler Institutionen bleibt für viele Bürger:innen der konkrete Nutzen der Demokratie unsichtbar. Es fehlt an spürbaren Verbesserungen im Alltag. Regionale Disparitäten – insbesondere in strukturschwachen Regionen mit mangelhafter Daseinsvorsorge – bieten einen Nährboden für populistisches Wahlverhalten.²²
- 4. Normalisierung des Antidemokratischen:** Demokratische Akteure haben es antidemokratischen Kräften lange zu leicht gemacht und so auch zur schleichenden Normalisierung beigetragen.

Die ehrliche Analyse der eigenen Schwächen – im Input (Zugang und Beteiligung), im Throughput (Verfahren und Prozesse) und im Output (Ergebnisse und Wirkung) – sollten Gegenstand der Aushandlungsprozesse unter Demokrat:innen selbst sein und nicht zum vermuteten Kompetenzbereich der radikalen Populist:innen werden. Mit anderen Worten: Die berechtigte Kritik an der Funktionsweise unserer Demokratie muss zur prominenten Auseinandersetzung von Demokrat:innen selbst gehören – ähnlich wie ernst gemeinte Europakritik zum ehrlichen Repertoire von Europa-freund:innen gehören muss. Demokrat:innen haben die anspruchsvolle Aufgabe, Kritik an Aspekten des bestehenden Demokratieverständnisses nicht vorschnell als undemokratisch zurückzuweisen, zugleich aber klare Grenzen zu setzen und zu wahren, um die Grundprinzipien der Demokratie nicht zur Disposition zu stellen.

Wirksame Strategien gegen Extremismus werden jedoch nicht ausschließlich durch Selbstkritik entstehen. Es gilt darüber hinaus, die Schwächen der Demokratiefeinde systematisch zu ergründen. Aus der Reflexion der eigenen und feindlichen Schwächen müssen konkrete Ideen entstehen, wie unsere Demokratie gerechter, inklusiver und widerstandsfähiger werden kann. Dabei gilt es, einen Umgang mit dem vermeintlichen Widerspruch zwischen parteipolitischer Profilierung und demokratischem Zusammenhalt zu finden, der demokratischen Streit zulässt und gleichzeitig klare gemeinsame Grenzen zum Nicht-Demokratischen zieht.

22 Vgl. Daniel Buhr (2025): Was macht gutes Leben aus? Friedrich-Ebert-Stiftung e.V., S. 10: „... dort, wo die Leistungsunfähigkeit eines Staates durch eine bröckelnde Daseinsvorsorge sichtbar wird, lauern Gefahren für die Demokratie ... oder Unterstützung für populistische oder gar extremistische Parteien.“

Verteidigung und Reform für Resilienz

Für die Resilienz der Demokratie ist der Schutz demokratischer Institutionen und Akteure essenziell.²³ Im Dezember 2024 hat der scheidende Bundestag die Struktur des Bundesverfassungsgerichts fest im Grundgesetz verankert, sodass diese nicht länger durch eine einfache Mehrheit im Bundestag zu ändern ist – ein wesentlicher Schritt zur Resilienz gegenüber autoritären Kräften. Systematische Analysen wie die des Verfassungsblogs mit dem *Projekt Thüringen* helfen dabei, Einfallstore für Radikale zu schließen.²⁴ Aber um die eigene Resilienz zu steigern, muss die Demokratie ihre zwei Arme einsetzen: die Verteidigung und die Reform, beziehungsweise die eigene fortwährende Entwicklung und Demokratisierung. Diese Weiterentwicklung umfasst konkrete Ideen wie beispielsweise ein zeitgemäßes Wahlrecht, faire Repräsentationsregeln, transparente parlamentarische Abläufe, substanzielle Bürgerbeteiligung und vieles mehr. Die ehemalige US-Präsidentenskandidatin und Vizepräsidentin Kamala Harris sagte 2022: „... because we don't just need to protect democracy, we need to improve it, y'all. And that's a forever proposition.“²⁵

Zugleich müssen Demokrat:innen dafür sorgen, dass theoretisches und praktisches Wissen über Demokratie in der Bevölkerung deutlich gestärkt wird. Denn eine funktionierende Demokratie braucht nicht nur Verfahren, sondern auch Verständnis. Das beste Verständnis – eine ernsthafte Überzeugung – rührt aus positiver Erfahrung. Darum werden institutionalisierte Demokratieerfahrungen benötigt, die nicht nur in der Schule bei jungen Menschen ansetzen, sondern auch im Erwachsenenalter stattfinden. Das kann man zwar durchaus als Zumutung betrachten, aber es ist eine gerechtfertigte, weil sie der zunehmenden Entfremdung von Repräsentierten und Repräsentant:innen entgegenwirkt.²⁶

Deshalb wollen wir in der siebten Ausgabe der Demokratiekonferenz Innocracy25 unter der Leitfrage Wie hältst Du's mit der Demokratie? auf divergierende Demokratiedeutungen hinweisen, Demokrat:innen zur selbstkritischen Reflexion über die Schwächen und Reformnotwendigkeiten der liberalen Demokratie anregen und

23 Die Folgen des Mangels an demokratischer Stabilität und Verteidigungsfähigkeit gegenüber zersetzenden Kräften auch aus dem Inland zeigen sich etwa in Polen, wo Justiz, Medien und Zivilgesellschaft gezielt und erfolgreich geschwächt wurden.

24 Vgl. Maximilian Steinbeis (2024): *Die verwundbare Demokratie: Strategien gegen die populistische Übernahme*. München: Hanser.

25 Jennifer Taylor (2024, 02.11.): First Ladies, a Possible First Gentleman Make the Case for Candidates in Race's Final Stretch. East Wing Magazine.

26 Vgl. Felix Heidenreich (2022): *Demokratie als Zumutung*. Stuttgart: Klett-Cotta.

ein Verständnis dafür schaffen, dass es sich lohnt, als Demokrat:innen gefestigt und geeint radikalen Populist:innen und Extremist:innen gegenüberzutreten.



Autor:innen



Paulina Fröhlich ist stv. Geschäftsführerin und verantwortet den Schwerpunkt „Resiliente Demokratie“ des Berliner Think Tanks Das Progressive Zentrum. Dort leitet sie die Demokratiekonferenz „Innocracy“, gestaltet Dialog- und Diskursräume und ist Co-Autorin von mehreren Publikationen wie u.a. „Die Übergangenen – Strukturschwach und Erfahrungsstark.“ (2022). Nach ihrem Studium gründete Paulina mit anderen die Initiative Kleiner Fünf, welche Menschen darin unterstützt, mithilfe „radikaler Höflichkeit“ gegen Rechts- populismus aktiv zu werden. Das politische Geschehen kommentiert sie u.a. für Deutschlandfunk Kultur, sowie regelmäßig bei „Die Frage des Tages“ von Radio3. Im Wintersemester 22/23 unterrichtete Paulina als Gastdozentin an der Universität der Künste und wurde 2023 in das Forum #Zukunftsstrategie im Bundesministerium für Bildung und Forschung berufen.



Juliane Baruck arbeitet als Projektmanagerin im Bereich „Resiliente Demokratie“ beim Progressiven Zentrum. Außerdem forscht sie an der Schnittstelle von Politikwissenschaft und Design im Forschungsprojekt „Redesigning Democratic Representation“. Sie leitete das Projekt „Hallo Bundestag“ und ist Bundesvorständin von Mehr Demokratie e.V. Am meisten beschäftigen sie Fragen rund um Repräsentation, gesellschaftlichen Zusammenhalt sowie das Verhältnis von Politik und Gesellschaft. Baruck studierte Philosophie und Politikwissenschaften in Berlin und Amsterdam.



Carl Schüppel ist Junior Projektmanager im Schwerpunkt „Resiliente Demokratie“ beim Progressiven Zentrum. Dort forscht er zu Demokratiepoltik und strukturschwachen Regionen, organisiert die Demokratiekonferenz „Innocracy“ mit und ist Co-Autor von Studien und Diskussionspapieren wie zuletzt „Glück auf, der Aufstieg kommt?“. Zuvor war er Forschungsreferent beim Ombudsgremium für wissenschaftliche Integrität in Deutschland und Schuman Trainee im Petitionsausschuss des Europäischen Parlaments. Schüppel hat Rechtswissenschaft, Geschichte und europäische Politik in Berlin, Potsdam, Granada, Prag, Leiden und Barcelona studiert und ist Mitgründer und Vorstand von Erasmus by Train e. V.



Das Progressive Zentrum ist ein unabhängiger und als gemeinnützig anerkannter Berliner Think Tank. Seit dem Jahr 2007 setzt die Organisation mit Studien, Publikationen und Veranstaltungen Impulse für den gesellschaftlichen Fortschritt. Ihr Ziel ist es, Orientierung in politischen Debatten zu stiften und mit ihrem Netzwerk eine Plattform für Progressive aus Deutschland, Europa und Nord-amerika zu bieten – und so einer zukunftsfähigen Gesellschaft ein Stück näherzukommen, die allen gleiche und gute Lebenschancen ermöglicht.

www.progressives-zentrum.org

mail@progressives-zentrum.org

Bluesky: [DPZ Berlin](#)

Instagram: [@dpz_berlin](#)

LinkedIn: [Das Progressive Zentrum](#)



Die bereits siebte demokratiepolitische Konferenz Innocracy25 findet am 26.06.2025 im ZK/U Berlin unter dem Titel „Wie hältst Du’s mit der Demokratie?“ statt. Mit rund 250 Akteur:innen aus Politik, Wissenschaft, Medien, Kultur und Zivilgesellschaft wollen wir:

- verstehen, in welchem Zustand sich die westlichen Demokratien derzeit befinden;
- aufzeigen, welche Demokratieverständnisse und -behauptungen derzeit im politischen Diskurs und in der Bevölkerung vorherrschen;
- selbstkritisch analysieren, wo die Schwächen und Reformnotwendigkeiten der liberalen Demokratie liegen;
- argumentieren, warum es sich lohnt, unsere Demokratie zu verteidigen und wie das gelingt

www.innocracy.org

innocracy25@progressives-zentrum.org

[#Innocracy25](#)



Impressum

Alle Rechte vorbehalten. Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten des Progressiven Zentrums auch in Auszügen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet.

© Das Progressive Zentrum e. V., 2025 Veröffentlicht im Mai 2025

V.i.S.d.P.:

Dominic Schwickert

c/o Das Progressive Zentrum e.V.
Werftstraße 3
10557 Berlin, Germany

Vorstand:

Prof. Dr. Wolfgang Schroeder, Judith Siller, Joachim Knodt

Geschäftsführung:

Dominic Schwickert, Paulina Fröhlich

Vorsitzende des wissenschaftlichen Beirats:

Anke Hassel

Gestaltung:

A Gesture Of (Simon Schindele, Simon Steinberger)

Satz:

Greta Fleck

www.progressives-zentrum.org
mail@progressives-zentrum.org

DOI: 10.5281/zenodo.15738687
